

UMWELT - GRÜNES BAUERNOPFER

Die ganze Republik blickt nach Garzweiler II, wo die Bagger des Braunkohletagebaus die Koalitionsfrage der Rot-Grünen Landesregierung stellen. Doch nur eine halbe Stunde Autofahrt entfernt von Bonn sorgt die Braunkohle für einen noch verheerenderen ökologischen Sündenfall. Von Oton Seyfarth und Markus Peters.

Das „größte Loch der Welt“ wird zwischen Bergheim, Jülich und Kerpen gegraben. Auf 85 Quadratkilometern reißen die Schaufelradbagger auf der Suche nach Braunkohle die Erde bis zum 450 Meter tief auf.

Schon auf der Autobahn zeigen riesige Rauchfahnen, wo die Ausbeute dieses Loches verfeuert wird: In riesigen Braunkohlekraftwerken, die links und rechts den Horizont unterbrechen. Dort kommt der Strom für die nahegelegenen Großstädte Köln und auch Bonn her.

In der flachen Hochebene der Nordeifel ist auch bei wechselhaftem Wetter weite Sicht möglich. „Hier sieht man schon mittwochs, wer sonntags zu Besuch kommt.“

Bedrohtes Terrain

Ein Dorf, wenige Kilometer von der Autobahn entfernt, kommt in Sicht, dominiert von einem dunklen Kirchturm. Dieses Dorf wird in absehbarer Zeit nicht mehr sein, geht es nach dem Willen von Rheinbraun, der RWE-Tochter, die hier systematisch Grundstücke aufkauft, um sie ihren Grabplänen einzuverleiben. Die Autobahn wird dann auch nicht mehr sein, zumindest nicht an dieser Stelle.

Durch lichten Wald, unterbrochen durch aufgrünende Äcker, führt der Weg; bald kommt das Ziel in Sicht: Kerpen-Buir, scharf begrenzt durch die Gleise der Bundesbahn. Hauptstrecke Köln–Paris. Vor dem Bahnübergang links und rechts Äcker und Wiesen. Potteben. Noch.

An dieser Stelle, so belehrt uns das bunte Informationsmaterial der Rheinbraun, soll der Tagebau enden. Vor dem Bahngleis eine sechsspurige Autobahn; davor eine Kohlebahn, die die Rohstoffe zu den Kraftwerken verbringt; davor ein endloses Förderband, das Abraum bis zu 20 Kilometer zu anderen Löchern transportiert. Und davor eine Klippe. Steilabfall. Der untere Klippenrand liegt 550 Meter tiefer, denn erst dort ist der Grund des Baggerns zu finden: die Braunkohle, die in einer schräg verlaufenden Schicht unter dem Ackerland lagert.

550 Meter, das ist eine Tiefe, die Siebengebirge und Kottenforst aufeinandergestapelt aufnehmen könnte, um den ursprünglichen Flachlandcharakter zu erreichen.

Dahinter das Dorf, dessen Einwohner sich wehren, zumindest einige davon. Sie engagieren sich in der Bürgerinitiative gegen die Verlegung der Autobahn 4, ein Verbund lokaler Initiativen, die dem Durchmarsch der Bagger nicht tatenlos zusehen wollen. Die Autobahn A4 spielt eine zentrale Rolle, denn sie bildet die Demarkationslinie für den Braunkohletagebau. Ein Blick in den Geschäftsbericht der Rheinbraun erklärt die Hintergründe: „Der Tagebau wird etwa im Jahre 2017 die Autobahn A 4 (Köln–Aachen) im Bereich zwischen Mannheim und Morschenich (bei Kerpen-Buir) erreichen. Der Landschaftsverband Rheinland plant, diese Autobahn wegen des gestiegenen Verkehrsaufkommens auf sechs Spuren auszubauen. Deshalb bietet es sich an, Verlegung und Ausbau in einem Schritt zusammenzufassen. In Anbetracht der Bedeutung des Tagesbaus Hambach hat der Braunkohlenausschuß der Landesregierung empfohlen, die erforderlichen Genehmigungsverfahren einzuleiten.“

Das Szenario ist klar: Ginge es nach Rheinbraun und der Landesregierung, würde die A4 direkt an Kerpen-Buir vorbeigeführt. Damit würde eine magische Grenze für die Bagger fallen. Von den Ortschaften Mannheim, Morschenich und den spärlichen Resten des Hambacher Forstes blieben allenfalls schwarz braune Krater.

Was das bedeuten kann, zeigt sich bald. Zunächst geht es an weiteren Dörfern vorbei, die dem Loch weichen sollen. Verschlafene Flecken, an vielen Häusern sind die Rolläden unten, samstag nachmittags. „Viele der Häuser sind schon verlassen“, erklärt ein Anwohner, der nicht kampflös den Baggern weichen will: „Die Rheinbraun kauft die Grundstücke auf, wenn Leute sterben. Andere haben ein besseres Häuschen bekommen, in Neu-Elsdorf. Kaum einer weiß, daß die da in 20

Jahren wieder weg müssen, wenn dort auch noch gebaggert wird. Das ist doch Verarschung.“

Zwischen den leerstehenden Häusern wird sporadisch noch renoviert. Sogar einen Neubau ist zu sehen. „Die machen die Augen zu, und merken es erst, wenn es zu spät ist.“

Am Horizont ist inzwischen ein Berg aufgetaucht. „Abraum – vor zwanzig Jahren gab es den noch nicht“, sagen die Anwohner. Genauer gesagt handelt es sich um eine Müllhalde: „Der Abraum wurde mit Asche aus den Braunkohlekraftwerken vermengt. Die ökologischen Folgen sind nicht absehbar“. „Sophienhöhe“ hat der Berg als Namen erhalten, mit 265 Metern ist er deutlich höher als der Versprung zwischen Rheintal und Venusberg. Der künstliche Berg hat nach Beobachtungen von Landwirten das Wetter verändert. „Gewitter halten sich oft zwei Tage und ziehen nicht davon. Der Berg hält die Wolken fest.“

Loch im Land

Der Aussichtspunkt in den Tagebau ist ausgedeutert. Von dort blickt man in ein Loch, das bis zum Horizont reicht. Seitlich begrenzt von Klippen, die sich treppenartig aufbauen, mit endlos langen Stufen. Deren geneigte Vorderflächen erinnern an ein flurbereinigtes und dann gekipptes Landwirtschaftsgebiet, verschiedenfarbig wie ein Flickenteppich. Auf einzelnen Treppenabsätzen stehen wie Spielzeugfahrzeuge an ein Riesenrad erinnernde Schaufelradbagger, jeder einzelne in Wirklichkeit höher als ein Altstadthaus. Die Sohle des Lochs ist schwarz bedeckt. Eine verschwindend kleine Fläche im Kontrast zu den Klippen.

Hier sollen insgesamt 2,5 Milliarden Tonnen Braunkohle gefördert werden. Nichts erinnert mehr daran, daß hier einst Wald stand. Karl-Heinz Jelinek vom Naturschutzbund Deutschland: „Der Hambacher Forst war eines der größten zusammenhängenden Waldgebiete in dieser Landschaft, der Bürge. Mit über 80 Quadratkilometern des hier typischen Mischwaldes aus Stieleiche, Hainbuche und Maiglöckchen bot er seltenen Tierarten Heimat, die großräumige Waldflächen bevorzugen.“ Was mit diesem Ökoraum geschah, zeigt sich ein Kilometer weiter. Hier frißt sich der Tagebau in die Landschaftsoberfläche. Eine Landschaft, über die ein schwerer Sturm gefegt sein könnte, wären da nicht die sauberen Schnittkanten einer Säge an den Baumleichen. Die meisten weisen über hundert Jahresringe auf. Hier wird der Übergang von Kulturlandschaft zur Wüste vollzogen.

1978 wurde die Gegend unter den Bagger genommen, basierend auf Plänen und Genehmigungen, die etliche Jahre zurückreichten. Damals, in der Ölkrise und unter Energieprognosen, die längst überholt sind, wurde der Braunkohle hohe Priorität eingeräumt.

Das ökologische Bewußtsein der Republik steckte noch in den Kinderschuhen. Zeit genug für die Rheinbraun, vollendete Tatsachen zu schaffen. Heute attestieren mehrere seriöse Studien für die Zukunft einen sinkenden Energiebedarf – und bezweifeln damit den Sinn des extensiven Braunkohleabbaus.

Grabenkämpfe

In Garzweiler, dem Streitfall der Landtags-Koalition, sind die Karten ohnehin anders gemischt. Garzweiler kam zu einem Zeitpunkt, an dem das Umweltverständnis der Bevölkerung schon geschärft war. Die rund 22000 Eingaben gegen Garzweiler setzten die Sozialdemokraten und GRÜNE unter Druck – und das obwohl „nur“ rund 8000 Menschen vor den Bagger weichen müssen. In und um den Hambacher Forst sind rund 23000 Menschen betroffen.

Hier fordern die Umweltschützer, die A4 da zu belassen, wo sie jetzt ist – und sie gegebenenfalls dort sechsspurig auszubauen – eine Option, die in der entscheidenden Umweltverträglichkeitsprüfung nicht einmal in Erwägung gezogen wurde. Ein Umstand, der der anstehenden Klage der Hambacher eventuell eine kleine Chance läßt.

Auch gegen den bereits jetzt schon laufenden Abbau wird geklagt, was auch der Geschäftsbericht der Rheinbraun nicht verschweigt: „Der 1995 zugelassene Rahmenbetriebsplan zur Fortführung des Tagebaus für den Zeitraum 1996 bis 2020 wird vom BUND vor dem Verwaltungsgericht Aachen beklagt, weil, eine förmliche Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) fehle. Die Klage hat unserer Auffassung nach keine Aussicht auf Erfolg, weil die Umweltverträglichkeit selbstverständlich nachgewiesen worden ist, jedoch formelle UVP erst zehn Jahre nach dem Aufschluß des Tagebaus Hambach gesetzlich vorgeschrieben wurde.“

Auch die Umweltschützer wissen, daß ihre Karten nicht sonderlich gut sind. Inzwischen setzen sie ganz auf das Europäische Parlament. Dort wundert man sich sehr über die fehlenden Umweltverträglichkeitsprüfungen. Der Petitionsausschuß des Europäischen Parlament prüft, ob und inwieweit die Planungen gegen europäisches Recht verstoßen und setzt damit das nordrhein-westfälische Umweltministerium in Zugzwang.

„Natur aus zweiter Hand“

Dort hat man noch andere Probleme mit Hambach. Es ist noch völlig ungeklärt, was mit dem Tagebaugebiet nach dessen Ausbeutung in rund sechzig Jahren passieren soll. Die Rheinbraun verweist auf ihre Rekultivierungsmaßnahmen. Mit ihnen schaffe man „Natur aus zweiter Hand“, behaupten die Image-Broschüren des Energiekonzerns. Allerdings gilt das nicht für Hambach. Hier bleibt nach Abschluß des Tagebaues ein gewaltiges Loch in der Erde, das im Gegensatz zu den bisherigen Abbaugeländen nicht mehr mit Abraum zugeschüttet werden kann. Statt dessen soll hier ein gewaltiger See entstehen, bis zu 400 Meter tief, 4200 Hektar groß, mit einem Wasservolumen von unglaublichen 3,6 Milliarden Kubikmetern. Eine Wassermenge, die ausreichen würde, den Trinkwasserbedarf der Stadt Bonn für die nächsten 165 Jahre zu decken. Auf einen Schlag würde einer der größten künstlichen europäischen Binnenseen entstehen, mit einer Fläche, deren Größe ungefähr dem gesamten rechtsrheinischen Bonn entsprechen würde. Dieser See giert nach Wasser, das entweder vom Rhein umgeleitet werden müßte oder von dem holländischen Kanalsystem abgezogen würde. Bislang gibt es weder konkrete Pläne noch eine solide Studie, wie das „Hambacher Meer“ gespeist werden soll. Selbst wenn dieses Gewässer kein Hirngespinnst der Rheinbraun-Ingenieure bleiben sollte, ein Biotop würde es nicht schaffen. Angesichts des hohen Schadstoffanteils der Uferböschung wäre das Gewässer ökologisch tot.

Das Wasser macht den Hambachern ohnehin Sorgen. Im gesamten Abbaugelände hat die Rheinbraun Brunnen gesetzt, um den Grundwasserspiegel zu senken. Damit soll verhindert werden, daß das Abbaugelände geflutet wird. Inzwischen zeigen diese Maßnahmen Wirkung: „Ehemals feuchte Wiesen fallen jetzt trocken.“ An natürlichen Erdspalten versetzen sich austrocknende Gesteinsplatten gegeneinander. „Das führt manchmal zu leichten Beben.“ Und auch Hausbesitzer sind betroffen. Einige Gebäudefassaden haben Risse, weil sich die Fundamente senken. Die ersten Schadensersatzklagen gegen die Rheinbraun haben die Hausbesitzer gewonnen – nach einer Prozeßdauer von 25 Jahren.

Im vergangenen November wurde im Hambacher Tagebau Tiefenwasser angegraben. Da sprudelten pro Minute 35000 Liter lauwarmes Wasser ins Abbaugelände. Angesichts der sensiblen unterirdischen Wasserverhältnisse kann das Auswirkungen bis zu den Aachener Thermalquellen haben.

Rechenfehler

Nur eines von zahlreichen Problemen, die der Bevölkerung auf der Seele liegen. „Es ist nicht unser Glück, die Kohle zu haben, es ist unser Pech!“, sagt einer der Hambacher, nicht frei von Resignation. Die rotgrüne Landesregierung stützt den Braunkohleabbau wider aller ökologischen und wirtschaftlichen Vernunft. Immer wieder wird dabei auf die gefährdeten Arbeitsplätze verwiesen – zumindest für Hambach eine Milchmädchenrechnung: Nach Angaben der Rheinbraun bedurfte es nicht mal 1700 Arbeitsplätzen und zwanzig Jahren, um ein 80 Quadratkilometer großes Areal in eine Mondlandschaft zu verwandeln. Dazu kommt, daß Rheinbraun ohnehin seit Jahren kontinuierlich Arbeitsplätze abbaut – „sozialverträglich“, wie es heißt. Doch angesichts fünf Millionen Arbeitsloser ist das Arbeitsplatz-Argument, wenn auch bar jeder Logik, eine starke Waffe in der Hand der Braunkohle-Befürworter: Dazu kommt, daß im Hambacher Einzugsgebiet auch etliche Arbeitnehmer leben, die bei der Rheinbraun in Lohn und Brot stehen. Und die glauben nur zur Gerne, wenn Landesregierung und Rheinbraun die Umweltschützer als Jobkiller verteufeln.

Dennoch, die Strategie der Umweltschützer ist klar: Mit allen juristischen Mitteln wollen sie den Vormarsch der Bagger verzögern, solange bis das Graben nach der Braunkohle für die RWE sich nicht mehr lohnt. Schon jetzt liegt die Rentabilität des Abbaus an der Schmerzgrenze. Um eine Tonne Braunkohle zu fördern, müssen 14 Tonnen Abraum bewegt werden.

Einsame Streiter

Peter Inden (36), Sprecher der Bürgerinitiative gegen die Verlegung der A4, hat gelernt, einzustecken. Seitdem er im Impressum von Flugblättern namentlich zeichnet, hat er sich an wüste

telefonische Beschimpfungen gewöhnt. Mit diesen Kritikern kann Inden umgehen. Wesentlich mehr frustrieren ihn jene Nachbarn, die das Problem ignorieren: „Der Mensch verdrängt. Wenn der lange Schatten der Bagger in den eigenen Garten fällt, wird resigniert. Der Hambacher an sich verdrängt gerne. Diejenigen, die von allem nichts wissen wollen, sind unsere größten Gegner.“ Einige haben angeblich ihre Privatgeschäfte mit dem Konzern gemacht: „Die haben von der Rheinbraun eine Entschädigung bekommen. Sie müssen aber darüber Stillschweigen bewahren. So steht es im Vertrag.“ Der Rückhalt im eigenen Ort ist gering. Und die Lokalpolitik? „Die SPD hängt dick im Klüngel mit drin, und die Grünen haben uns hier ja schwer enttäuscht. Da hat jeder sein Pöstchen sicher.“ Alle betroffenen Kommunen favorisieren die Verlegung der Autobahn. Der Kerpener Stadtdirektor forciert den Abbau, auch wenn dann von seinem eigenem Heimatdorf nichts übrig bleiben wird.

Also ist die Bürgerinitiative ganz auf sich alleine gestellt. Niemand der GRÜNEN im Landtag erwägt, auch aus Hambach eine Nagelprobe für die Landesregierung zu machen. Erbost erinnern sich die Hambacher Umweltschutz-Aktivisten an den peinlichen Auftritt des grünen Landesministers Vesper, dessen hemdsärmeliges und betont desinteressiertes Gastspiel die Wogen hochschlagen ließ. Seitdem befinden sich die Grünen, die hier einst zwischen 20 und 30 Prozent der Wähler hinter sich wußten, im freien Fall. Auch Gerd May, den zuständigen Sprecher der Grünen im Landtag, haben die Hambacher gefressen. Ihm attestiert man ein Rückgrat aus Lakritz: „Wer es im bürgerlichen Leben nur zum Sportlehrer bei der Bundeswehr gebracht hat, muß dann im Landtag sehen, wie er sein Pöstchen sichert.“

Bärbel Höhn könnte den weiteren Ausbau in Hambach zumindest verzögern, doch anscheinend fehlt dafür der politische Wille. Für Peter Inden ist der Fall klar: „Die Grünen opfern Hambach, um Garzweiler II zu verhindern.“

Übertölpelt

Ein Gutachten des den GRÜNEN nahestehenden Wuppertal-Instituts vom Juli 1997 scheint die schlimmsten Befürchtungen der Hambacher zu bestätigen. Dort wurde spekuliert, unter welchen Vorzeichen auf das politisch umstrittene Braunkohletagebauegebiet Garzweiler II verzichtet werden kann. Der Entwurf bedeutet ein komplettes Fiasko für die Hambacher: Dort soll noch über das Jahr 2050 hinaus Kohle abgebaut werden, also einschließlich der zweiten Ausbaustufe, außerdem soll die A4 tatsächlich verlegt werden. In diesem Konzept spielt das Braunkohlekraftwerk Niederaußem eine zentrale Rolle. Die veraltete Stromfabrik soll massiv aufgerüstet werden. Damit würde Niederaußem auf ein Schlag zum größten deutschen Braunkohlekraftwerk werden. Und ein Mega-Heizkraftwerk wie Niederaußem, mit geschätzten Investitionskosten von mehr als 2,7 Milliarden DM, will gefüttert werden. Im Kölner Regierungspräsidium hat man bereits die Aufrüstung des Heizkraftwerkes Niederaußem genehmigt; voreilig, wie die Hambacher finden, weil keine Alternativen geprüft wurden.

Da bleibt den Unverdrossenen nur noch Zweckoptimismus: „Der geplante Ausbau Hambach II wird nicht stattfinden, weil er energiepolitisch überholt sein wird, wenn es soweit ist.“

Die – ausgerechnet – marktwirtschaftliche Liberalisierung innerhalb der europäischen Union würde die Braunkohleverwertung unwirtschaftlich machen, auch für die umkämpfte Ausbaustufe I. Bis dahin müssen die Abbau-Gegner in den Dörfern um Hambach auf Zeit spielen. Womöglich steigen ihre Chancen, wenn Michael Schumachers legendäre Kartbahn in der Nähe von Kerpen von den Schaufelradbaggern bedroht wäre. Allerdings käme der Aufschrei im Rest der Republik für Hambach zu spät.